

26.07.2018

Niederschrift 004/2018

Kreistag

am 03.07.2018 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Michael Makiolla

Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Christine Hupe

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Hans-Jörg Piasecki

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Frau Margarethe Strathoff

Frau Simone Symma

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Herr Uwe Zühlke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Herr Günter Bremerich

Herr Peter Dörner

Frau Annika Dresen

Herr Wilfried Feldmann

Herr Stefan Flick

Frau Claudia Gebhard

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Dieter Kleinwächter

Herr Paul-Heinz Kranemann

Herr Helmut Krause

Herr Gerhard Meyer

Frau Elke Middendorf

Herr Martin Niessner

Frau Martina Plath

Frau Ursula Schmidt

Herr Carl Schulz-Gahmen

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Herr Herbert Goldmann

Frau Sandra Heinrichsen

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

Frau Marion Küpper

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Frau Stephanie Schmidt

Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Herr Dieter Reichwald

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

Herr Helmut Rosenkranz

Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagmitglieder FDP

Herr Dieter Albert

Herr Michael Klostermann

Herr Julius Will

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent II

Herr Torsten Göpfert, Dezernent III

Herr Dirk Wigant, Dezernent IV

Anwesend bis 16:30 Uhr | TOP 17

Anwesend bis 16:30 Uhr | TOP 17

Frau Katja Schuon, Leiterin Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung Frau Sabine Leiße, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Abwesend:

Kreistagmitglieder SPD

Herr Dirk Kolar

Kreistagmitglieder CDU

Herr Herbert Krusel Herr Olaf Lauschner Frau Gabriele Richter

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Ralf Schaefer

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 21.06.2018 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Herr Landrat Makiolla weist auf einen Druckfehler in der Einladung hin. In Tagesordnungspunkt 7 gehe es um die Internationale Gartenausstellung (IGA) 2027, nicht 2017. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Punkt 3 105/18 Anregung gem. § 21 Abs. 1 Kreisordnung NRW;

Veröffentlichung von XBRL-Datensätzen aus Steuererklärungen der öffentlichen Unternehmen des Kreises sowie des Haushaltes und des Jahresabschlusses des

Kreises Unna als XBRL-Datensätze

Punkt 4 097/18/1 Ersatzwahlen

Punkt 5 103/18 Rat der Regionen und Gemeinden Europas (RGRE); Wahlen in die Ausschüsse

und Entsendung von Delegierten für die Delegiertenversammlung am

19./20.11.2018 in München

Punkt 6 099/18 Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Unna

Punkt 7 Resolution des Kreistags Unna zur Internationalen Gartenausstellung 2027 in der

Metropole Ruhr; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN vom 06.06.2018

Punkt 7.1	056/18	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.06.2018		
Punkt 7.2	109/18	Internationale Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 03.07.2018		
Punkt 8	070/18	Stellungnahme zum Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplanes (LEP) NRW		
Punkt 8.1	104/18	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 070/18 vom 18.06.2018		
Punkt 8.2	106/18	Antrag der Fraktonen SPD und CDU zur Drucksache 070/18 vom 26.06.2018		
Punkt 8.3	108/18	Antrag der FDP-Fraktion zur Drucksache 070/18 vom 01.07.2018		
Punkt 9	069/18	Nahverkehrsplanfortschreibung; Außerordentliche Beschlussfassung für dringliche Sonderprojekte der Angebotsplanung		
Punkt 10	063/18	Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit den Städten Hamm und Hagen für gebietsübergreifende Linien		
Punkt 11	136/17/3	Überörtliche Prüfung des Kreises Unna im Jahr 2016 durch die GPA NRW		
Punkt 12	085/18/1	Abnahme des Jahresabschlusses 2017 und Entlastung des Landrates		
Punkt 13	082/18	Verwendung des Jahresergebnisses 2017		
Punkt 14	086/18	Budgetbericht zum Stichtag 31.05.2018		
Punkt 15	026/18	Verschmelzung der VKU-Verkehrsdienst GmbH auf die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH		
Punkt 16	052/18	Beitritt der Stadt Kamen zum gemeinsamen Kommunalunternehmen "GWA Kommunal Anstalt des öffentlichen Rechts"		
Punkt 17	046/18	Entsendung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG)		
Punkt 18	096/18/1	Für Organspendebereitschaft werben - Organspendeausweise in den Kfz- Zulassungsstellen ausgeben; Antrag der FDP-Fraktion vom 01.07.2018		
Punkt 19	076/18/1	Errichtung eines Bildungsganges der Fachschule mit mindestens 2.400 Unterrichtsstunden – Fachbereich Technik, Fachrichtung Mechatronik gem. § 2 Ziffer 3 und § 37 der Anlage E i. V. m. Anlage E 3 zur APO-BK		
Punkt 20	035/18/2	Verbindliche Weitergabe der Mittel für Integrationsmaßnahmen; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.03.2018 und Ergänzung vom 09.05.2018		

Punkt 21		Ärztemangel im Kreis Unna begegnen			
		Medizinstipendium Kreis Unna; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017			
Punkt 21.2	100/18	Finanzierungshilfen bei Praxisübernahmen; Antrag der FDP-Fraktion vom 14.06.2018			
Punkt 22 060/18		Änderung von zwei Satzungen über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene/Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe sowie für den EG-Schlachthof Unna/Fa. FVV Jedowski; Aufhebung der Satzung für den EG-Schlachthof Lünen/Fa. Milk & Beermann			
Punkt 23	094/18	Juristische und betriebswirtschaftliche Expertise zur Vorbereitung eines Konzessionsvergabeverfahrens "Gastronomie Pferdestall Haus Opherdicke"			
Punkt 24	nkt 24 081/18 Nachhaltigkeitsstrategie für den Kreis Unna				
Punkt 25	079/18	Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts			
Punkt 26	074/18	Verlängerung der Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH			
Punkt 27		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen			
Punkt 27.1		Sondersitzung des Kreistages als Auftakt zum Jahr der Demokratie			
Punkt 27.2		Wechsel des Fraktionsvorsitzes der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm			
Punkt 27.3		Ruhestand von Herrn Dezernent Dr. Timpe			
Punkt 27.4	101/18	"Europa ist nicht egal - Vorteile der Europäischen Union transparent machen"; Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.06.2018			
Punkt 27.5		Frage zur Geschäftsordnung			
Nichtöffentlicher Teil					
Punkt 28	098/18	Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Bioenergie Kreis Unna GmbH (BKU)			
Punkt 29	064/18	Bildungscampus Unna" - Erbbaurechtsvertrag zwischen der Kreisstadt Unna und dem Kreis Unna für die Nutzung des anteiligen städtischen Grundstücks der Anne-Frank-Realschule			
Punkt 30	065/18	"Bildungscampus Unna" - Mietvertrag zwischen der Kreisstadt Unna und dem Kreis Unna über die Vermietung der Räumlichkeiten im Neubau des Förderzentrums Unna für die Nutzung durch das Weiterbildungskolleg Unna			

Punkt 31 091/18 Sanierung der Brücke über die DB im Zuge der K42, Schulstraße in Bönen-

Nordbögge; Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

Punkt 32 092/18 Oberbauerneuerung im Zuge der K42 Rhynerner Straße und der K35 Röhrberg in

Bönen.

-Vergabe des Auftrags-

Punkt 33 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 33.1 Sachstandsanfrage

Punkt 33.2 Jahrbuch der Naturförderungsgesellschaft

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Silke Schmücker zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 105/18 Anregung gem. § 21 Abs. 1 Kreisordnung NRW;

Veröffentlichung von XBRL-Datensätzen aus Steuererklärungen der öffentlichen Unternehmen des Kreises sowie des Haushaltes und des

Jahresabschlusses des Kreises Unna als XBRL-Datensätze

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erläutert kurz seine im Sachbericht der Drucksache dargestellte Rechtsauffassung zu der Eingabe. Da diese als Sammeleingabe verfasst sei, halte er sie für rechtsmissbräuchlich und schlage dem Kreistag daher die Absetzung von der Tagesordnung vor.

Beschluss

Die Anregung wird gem. § 3 Abs. 3 Nr. 5 der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Unna (GeschO KT) wegen materieller Rechtswidrigkeit von der Tagesordnung abgesetzt.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 4 097/18/1 Ersatzwahlen

Beschluss

Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages werden folgende Ersatzwahlen zur Entsendung in die aufgeführten Gremien vorgenommen:

Gremium	Funktion	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
Kulturpolitische Gesellschaft e.V. Mitgliederversammlung	ordentliches Mitglied	Dr. Thomas Wilk	Mike-Sebastian Janke
Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna e.V. (NFG) Gesamtvorstand	stellvertretendes Mitglied	Dr. Thomas Wilk	Mike-Sebastian Janke
Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna e.V. (NFG) Mitgliederversammlung	stellvertretendes Mitglied	Dr. Thomas Wilk	Mike-Sebastian Janke
	ordentliches Mitglied	Dr. Thomas Wilk	Mike-Sebastian Janke
Neue Philharmonie Westfalen e.V. Kuratorium	stellvertretendes Mitglied (für Bernd Engelhardt)	Wilfried Feldmann	Ursula Schmidt
Neue Philharmonie Westfalen e.V. Mitgliederversammlung	ordentliches Mitglied	Wilfried Feldmann	Ursula Schmidt
Sparkassenzweckverband Kreis			
Unna, Kreisstadt Unna, Stadt Kamen, Gemeinde Holzwickede, Stadt Fröndenberg Verbandsversammlung	stellvertretendes Mitglied	Dr. Thomas Wilk	Mike-Sebastian Janke
Umweltzentrum Westfalen gGmbH Verwaltungsrat	ordentliches Mitglied	Dr. Detlef Timpe	Mike-Sebastian Janke
Verwaltungs- und Beteiligungsgesell- schaft Kreis Unna mbH (VBU) Gesellschafterversammlung	ordentliches Mitglied	Dr. Detlef Timpe	Mike-Sebastian Janke
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) Aufsichtsrat	stellvertretendes Mitglied	Dr. Thomas Wilk	Mike-Sebastian Janke
Zweckverband Südwestfalen Studieninstitut für kommunale Verwaltung und Verwaltungsakademie in Hagen Verbandsausschuss	ordentliches Mitglied	Dr. Thomas Wilk	Mike-Sebastian Janke
Zweckverband Südwestfalen Studieninstitut für kommunale Verwaltung und Verwaltungsakademie in Hagen Verbandsversammlung	stellvertretendes Mitglied	Dr. Thomas Wilk	Mike-Sebastian Janke

<u>Abstimmungsergebnis</u>

Punkt 5 103/18 Rat der Regionen und Gemeinden Europas (RGRE); Wahlen in die

Ausschüsse und Entsendung von Delegierten für die Delegiertenversammlung am 19./20.11.2018 in München

Beschluss

1. Zur Wahl in die Ausschüsse des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) werden dem Hauptausschuss des RGRE für die dreijährige Wahlzeit die folgenden Delegierten vorgeschlagen:

Ausschuss	Delegierte	
Auggebugg für kommungle Entwicklungezugemmenerheit	1. Holz, Udo (SPD)	
Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit	2. Meyer, Gerhard (CDU)	
Davidado Dalaisado y Avenado y a	1. Schmülling, Jens (SPD)	
Deutsch-Polnischer Ausschuss	2. Jasperneite, Wilhelm (CDU)	
Deutsch-Französischer Ausschuss	wird nicht besetzt	

 Jens Schmülling (SPD) und Wilhelm Jasperneite (CDU) werden als Delegierte für die Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 19./20.11.2018 in München entsandt.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 6 099/18 Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Unna

Beschluss

Die als Anlage zur Drucksache 099/18 beigefügte 3. Änderung der Geschäftsordnung (GeschO KT) vom 04.11.2014 für den Kreistag des Kreises Unna und seine Ausschüsse zur Neufassung der §§ 2 und 15 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 Resolution des Kreistags Unna zur Internationalen Gartenausstellung 2027

in der Metropole Ruhr; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.06.2018

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass am Sitzungstag noch ein Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt von SPD- und CDU-Fraktion eingegangen sei.

Herr Sell kritisiert den kurzfristigen Eingang des Antrags. Da dieser noch nicht im Kreistagsinformationssystem abrufbar sei, rege er an, ihn nicht in dieser Kreistagssitzung zu behandeln.

Nach einer kurzen Diskussion stellt Herr Landrat Makiolla klar, dass Anträge auch mündlich gestellt werden können. Da der Antrag seitens der Fraktionen SPD und CDU nicht zurückgezogen werde, werde er diesen entsprechend den Regelungen der Geschäftsordnung zur Beratung und Abstimmung stellen.

Herr Goldmann begründet sodann den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er stellt die Bedeutung der IGA 2027 für die Region heraus und kritisiert, dass die lange erwartete Finanzierungszusage des Landes immer noch nicht vorliege. Ohne diese könne das Projekt nicht realisiert werden. Es ergebe sich eine geschätzte Finanzierungslücke von 130 bis 180 Mio. Euro bzw. von 45 Mio. Euro, wenn man die Mittel für die Städtebauförderung einkalkuliere.

Er kritisiert nachdrücklich das bisherige Verfahren, das auf einen Machtkampf zwischen der Landesregierung und dem RVR schließen lasse. Kritisch zu sehen sei auch, dass das Land von den Kommunen verbindliche Zusagen für die Kostenbeteiligung fordere, die die Kommunen aber ohne die Finanzierungszusage des Landes nicht treffen könnten. Alle Signale wiesen auf dringenden Handlungsbedarf hin, wenn man verhindern wolle, dass das Projekt IGA scheitere. Daher bitte er den Kreistag, den Resolutionstext zu beschließen.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD und CDU zwischenzeitlich im Kreistagsinformationssystem sichtbar sei.

Frau Cziehso begründet den Antrag. Es sei wichtig, zum Projekt IGA 2027 nun Position zu beziehen, da sich mit Lünen und Bergkamen auch Städte und Gemeinden aus dem Kreis beteiligen wollten. Daher hätten SPD- und CDU-Fraktion entsprechende Forderungen an die Landesregierung, den RVR und an die beteiligten Kommunen formuliert und außerdem die bestehende Beschlusslage des Kreistages noch einmal bekräftigt, dass eine Finanzierung der IGA aus dem Kreishaushalt nicht in Frage komme.

Herr Klostermann erklärt, aus seiner Sicht sei der Antrag der Fraktionen SPD und CDU ebenfalls als Resolution zu werten. Er kritisiert, dass ein zweiter Antrag eingebracht worden sei, statt die Verständigung mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu suchen und einen gemeinsamen Textvorschlag vorzulegen.

Herr Jasperneite verweist auf den Beschluss des Kreistages vom 15.03.2016 zur IGA 2027, mit dem man die Rahmenbedingungen für eine Beteiligung dargelegt habe. Seither warte man auf eine Positionierung der Landesregierung bezüglich der Kosten. Diese habe nach mehrmaligem Aufschub auch den 30.06.2018 als letzten Termin verstreichen lassen. Zwischenzeitlich gebe es die Zusage der zuständigen Landesministerin Ina Scharrenbach, die IGA zu unterstützen, aber die Rahmenbedingungen zur Durchführung der IGA müssten noch genau definiert werden. Der Antrag der Fraktionen SPD und CDU ziele, anders als der Resolutionstext, auf die Konkretisierung der Frage, wie man weiter mit dem Thema umgehe.

Herr Goldmann legt dar, dass die Rolle des RVR, der von der Bundesgartenbaugesellschaft den Zuschlag für die Trägerschaft der IGA 2027 erhalten habe, seitens des Landes zurzeit scheinbar in Frage gestellt werde. Diese Problematik berücksichtige der Antrag der Fraktionen SPD und CDU nicht. So könne der RVR beispielsweise keine Berechnungen vorlegen, solange die Finanzierungszusage des Landes noch ausstehe.

Herr Stalz erklärt, er werde die Resolution der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen, da diese allgemeiner gehalten sei. Wichtig sei, zunächst die Finanzierung IGA 2027 sicherzustellen.

Herr Will kritisiert, dass der RVR den Beschluss 2016 über die Durchführung der IGA 2027 gefasst habe, ohne vorher die Finanzierung gesichert zu haben. Daher habe er damals in der Verbandsversammlung gegen den Beschluss gestimmt. Nach dem Wechsel der Landesregierung sei die Finanzierung nun zwischen Essen und Düsseldorf noch nicht geklärt. Er könne die Erwartungshaltung, dass die Landesregierung die Bereitstellung der nicht unerheblichen Mittel zusagen müsse, nicht teilen. Der Antrag der Fraktionen SPD und CDU, der auf eine entsprechende Klärung ziele, sei inhaltlich nachvollziehbar. Aus der Historie heraus werde die FDP-Fraktion aber dagegen stimmen.

Die Zusage von Frau Scharrenbach hinsichtlich der Unterstützung der IGA verstehe er als inhaltliche Zusage. Der RVR sei aufgefordert, die Konzeption so auszurichten, dass für die Finanzierung die bestehenden Fördertöpfe genutzt werden könnten. Noch nicht geklärt sei die Finanzierung der Folgekosten, was insbesondere ein Problem für die finanzschwächeren Kommunen sei.

Herr Ross unterstützt für die Gruppe PIRATEN die Ausführungen von Herrn Stalz und erklärt, er werde dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen.

Herr Sell erklärt, die Linksfraktion werde den gemeinsamen Antrag von SPD und CDU ablehnen und dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen. Er kritisiert die aus seiner Sicht mangelnde Zusammenarbeit und Absprache zwischen den beiden großen Fraktionen und den kleineren Gruppierungen.

Frau Cziehso stellt fest, dass das offensichtlich ein großes Interesse der Mehrheit des Kreistages bestehe, dass die IGA 2027 unter Beteiligung der Kommunen des Kreises gelinge. Mit dem Antrag machten die Fraktionen SPD und CDU einen Vorschlag zur konkreten praktischen Umsetzung und gäben nicht nur eine Meinung kund.

Herr Landrat Makiolla stellt zunächst den weitergehenden Antrag der Fraktionen SPD und CDU zur Abstimmung.

Punkt 7.2 109/18 Internationale Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 03.07.2018

<u>Erörterung</u>

siehe Punkt 7

Beschluss

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein positives Votum zur IGA 2027 abzugeben und die Förderkriterien auf der Basis des Beschlusses des RVR vom 08.12.2017 "IGA Metropole Ruhr 2027; Projekt- und Finanzplan" bekanntzugeben.

Gleichzeitig wird vom RVR erwartet, dass eine Folgekostenberechnung in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden zu den vorgesehenen Projekten vorgelegt wird. Von den Kommunen wird eine verbindliche Folgekostenzusage erwartet.

Von der Landesregierung und den Kommunen wird eine Verständigung über die genannten Punkte auf der anberaumten Besprechung am 13.07.2018 erwartet.

Eine Finanzierung der IGA 2027 aus dem Kreishaushalt bleibt ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (47 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU sowie des Landrates, 19 Nein-

Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-

Lünen/UWG-Selm, FDP, der Gruppe PIRATEN und des Vertreters FW).

Punkt 7.1 056/18 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.06.2018

Erörterung

siehe Punkt 7

Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass sich die Abstimmung über den Antrag mit dem erfolgten Beschluss über den Antrag der Fraktionen SPD und CDU erledigt hat.

Punkt 8 070/18 Stellungnahme zum Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplanes (LEP) NRW

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist einleitend darauf hin, dass die verschiedenen Anträge der Fraktionen zu dem Tagesordnungspunkt in der Reihenfolge des Antragseingangs behandelt würden.

Herr Goldmann erläutert den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und stellt auf Bitte von Herrn Landrat Makiolla klar, dass Ziffer 2 des Beschlussvorschlages mit dem nachfolgenden Text unter "Begründung" (Anmerkung der Schriftführerin: bis S. 2, Mitte) als alternative Stellungnahme des Kreistages gedacht sei, falls der Kreistag dem Vorschlag seiner Fraktion folge und eine Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP) grundsätzlich ablehne. Er begründet sodann den Antrag seiner Fraktion. Dabei geht er zunächst auf die grundsätzliche Bedeutung des LEP ein, der erst 2017 in einem langwierigen und aufwendigen Verfahren fortgeschrieben worden sei, und kritisiert die nach dem Wechsel der Landesregierung nach kurzer Zeit erneut beabsichtigte Änderung. Am Beispiel der Regelungen zur Errichtung der Windkraftanlagen kritisiert Herr Goldmann auch die Inhalte der geplanten Änderungen, die aus Sicht seiner Fraktion teilweise sogar rechtswidrig seien. Zudem mache es die Häufung von unbestimmten Rechtsbegriffen für die nachgeordneten Behörden schwer, den LEP als Grundlage für weitere Planungsprozesse zu nutzen.

Herr Hebebrand erläutert die im Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 26.06.2018 aufgeführten Änderungsvorschläge Siedlungs-Freiraumflächen zu den und und zur flächensparenden Siedlungsentwicklung.

Herr Klostermann begründet sodann den Antrag der FDP-Fraktion. Diese halte den Widerspruch des Kreises gegen die von der Landesregierung geplante Aufhebung der Beschränkungen für den Flughafen Dortmund für nicht begründet. Eine Stellungnahme der WFG hierzu besage, dass diese etwaige Effekte für die heimische Wirtschaft nicht beurteilen könne.

Seine Fraktion werde dem Antrag der Fraktionen von SPD und CDU zustimmen und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen. Ziel der neuen Landesregierung sei es, einen Gleichklang zwischen Ökologie und Ökonomie herzustellen, nachdem es bislang ein Ungleichgewicht zu Lasten der Ökonomie gegeben habe. Insoweit sei es legitim, auch einen relativ neu aufgelegten Plan entsprechend zu verändern.

Bezugnehmend auf den FDP-Antrag legt Herr Goldmann dar, dass die Einstufung der Flughäfen auf eine Einschätzung der Deutschen Flugsicherung zurückgehe und daher von der Vorgängerregierung nach objektiven Kriterien vorgenommen worden sei. Bei Betrachtung der Fluggastzahlen werde klar, dass nur die Flughäfen Düsseldorf und Köln-Bonn die Kriterien für die Einstufung der landesweiten Bedeutsamkeit erfüllten.

Zum Antrag der Fraktionen SPD und CDU verweist er auf die Vorgaben der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und legt dar, dass dieser in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen immer noch zu hoch sei. Während andere Bundesländer inzwischen eigene Flächensparziele formuliert hätten, die weit unter den Vorgaben des Bundes lägen, werde der 5-ha-pro-Tag-Grundsatz im LEP NRW gestrichen. Er halte dies für nicht vereinbar mit dem Raumordnungsgesetz, wonach eine quantifizierte Angabe zur Verringerung des Flächenverbrauchs verbindlich vorgeschrieben sei.

Der Antrag von SPD und CDU widerspreche den rechtlichen Vorgaben und könne daher aus seiner Sicht in der vorliegenden Form nicht beschlossen werden.

Herr Jasperneite erklärt, dass eine neue Landesregierung neue Ziele setzen könne und ein LEP selbstverständlich auch eine politische Aussage enthalte. Auch der Kreis habe sich im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung unter anderem das Ziel gesetzt, einer der wirtschaftsfreundlichsten Standorte Westfalens zu werden, um letztlich auch die Arbeitslosenquote zu senken. Selbstverständlich werde durch politische Vorgaben in planerisches Handeln eingegriffen. Der Antrag der Fraktionen SPD und CDU berücksichtige auch diese Vorgaben der WOS. Gewünscht sei der Einklang von Ökonomie und Ökologie. Die Forderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die bestehenden Regelungen im LEP dauerhaft festzuschreiben, finde nicht die Unterstützung seiner Fraktion.

Herr Hebebrand erklärt, die SPD-Fraktion werde den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen. Die Einstufung des Dortmunder Flughafens als Regionalflughafen entspreche der aktuellen Beschlusslage im Kreistag. Daher befürworte seine Fraktion die Stellungnahme der Verwaltung.

Es sei das Recht einer neuen Landesregierung, einen neuen Landesentwicklungsplan aufzustellen. Die betroffenen Gebietskörperschaften könnten und sollten durch eine Stellungnahme von ihren Beteiligungsrechten Gebrauch machen. Daher werde die SPD-Fraktion den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen.

Herr Stalz erklärt, er unterstütze die Intention der Landesregierung, den Kommunen im Bereich der Siedlungsraum- und der Gewerbeentwicklung mehr Freiraum zuzugestehen. Er trage die Stellungnahme der Verwaltung mit, allerdings mit den vorgeschlagenen Änderungen von SPD- und CDU-Fraktion. Auch dem FDP-Antrag werde er zustimmen.

Herr Sell führt aus, dass seine Fraktion den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworte. Sollte dieser keine Mehrheit finden, werde man der Stellungnahme der Verwaltung zustimmen. Die Anträge der Fraktionen SPD und CDU sowie der FDP lehne die Linksfraktion ab.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass fast alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden die von der Kreisverwaltung erarbeitete Stellungnahme ganz oder zu großen Teilen zur Grundlage ihrer eigenen Stellungnahme zum LEP gemacht hätten. Diese gemeinsame Positionierung des Kreises und seiner Städte und Gemeinden gegenüber der Landesregierung werte er als Erfolg.

Herr Landrat Makiolla stellt zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung, da dies der weitestgehende sei.

Punkt 8.1 104/18 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 070/18 vom 18.06.2018

Erörterung siehe Punkt 8

Beschlussvorschlag

- 1. Eine Änderung des Landesentwicklungsplanes wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt
- 2. Der Landrat wird beauftragt, die Stellungnahme (siehe Antragsbegründung) dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie zuzuleiten.

<u>Abstimmungsergeb</u>nis

mehrheitlich nicht beschlossen (15 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppe PIRATEN, 51 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, des Vertreters FW sowie des Landrates)

Nachfolgend stellt Herr Landrat Makiolla der Eingangsreihenfolge entsprechend zunächst den Antrag der Fraktionen SPD und CDU, anschließend den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Punkt 8.2 106/18 Antrag der Fraktonen SPD und CDU zur Drucksache 070/18 vom 26.06.2018

Erörterung siehe Punkt 8

Beschluss

Die Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan, Drucksache 070/18, wird in folgenden Punkten geändert:

Ziel 2-3 Siedlungs- und Freiraumflächen (Seite 3-5 / 2. Spiegelstrich

Folgender Abschnitt in der Drucksache 070/18 wird gestrichen:

"Die Alternativformulierung der Betriebsverlagerungen/Neuansiedlungen zwischen benachbarten Ortsteilen ist jedoch kritisch zu würdigen und bedarf der näheren Erläuterung, welche Form und Größe insb. bei den Neuansiedlungen gemeint sein könnte. Es besteht ansonsten zu befürchten, dass neue Wirk- und Raumbezüge entstehen, die weit über den Bezug zum Ortsteil hinausgehen und somit eher im regionalplanerisch festgelegten Siedlungsraum stattzufinden haben."

Grundsatz 6.1-2 Leitbild "flächensparende Siedlungsentwicklung" (Seite 5)

Folgender Abschnitt in der Drucksache 070/18 wird gestrichen:

"Dieses Vorhaben ist auch Gegenstand des aktuellen Koalitionsvertrages der Bundesregierung vom 12. März 2018. Darin steht, "Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf maximal 30 Hektar/Tag zu halbieren. Wir prüfen, mit welchen zusätzlichen planungsrechtlichen und ökonomischen Instrumenten das Ziel erreicht werden kann." Es ist daher sinnvoll, dass diese Thematik weiterhin Bestandteil des Landesentwicklungsplanes ist, um dieses Vorhaben weiter zu verfolgen. Eine Streichung dieses Grundsatzes könnte sonst als falsches Signal verstanden werden. Gerade weil mit dem Grundsatz

keine Kontingentierung verbunden ist und die Flächeninanspruchnahme bedarfsgerecht zu erfolgen hat, sollte der Grundsatz beibehalten werden."

Folgende Ergänzung in der Drucksache 070/18 wird vorgenommen:

"Die Streichung des Grundsatzes 6.1-2 im LEP steht diesem Ziel nicht entgegen. Aufgrund der Strukturen im Kreis Unna erfordert die Reaktivierung von Brachflächen (unter Beachtung u.a. der Altlastenproblematik) die besondere Förderung durch die Landesregierung."

<u>Abstimmungsergebnis</u>

mehrheitlich beschlossen (51 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD und CDU, FDP, des Vertreters FW

sowie des Landrates, 15 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppe PIRATEN)

Punkt 8.3 108/18 Antrag der FDP-Fraktion zur Drucksache 070/18 vom 01.07.2018

Erörterung

siehe Punkt 8

Beschlussvorschlag

Im Ziel 8.1-6 Landesbedeutsame Flughäfen werden folgende Sätze aus der Stellungnahme gestrichen: Seite 6 Ziel 8.1-6:

"Die Aufgabe der Kategorisierung in NRW und der Abkehr der Funktionsteilung könnte zu einem ungewollten Kannibalismuseffekt führen, der aus zu Lasten der betroffenen Anwohner gehen würde. Insofern sind diese Überlegungen zugunsten der Beibehaltung der bisherigen Regelung abzulehnen. Zunächst sollte auch erst ein neues Luftverkehrskonzept erstellt werden, da das alte Konzept aus dem Jahr 2000 stammt."

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (4 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion und des Vertreters FW, 62 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-

Lünen/UWG-Selm, der Gruppe Piraten sowie des Landrates)

Herr Landrat Makiolla stellt sodann den Beschlussvorschlag der Drucksache 070/18 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zur Abstimmung.

Beschluss

- 1. Der Stellungnahme zur Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen wird unter Berücksichtigung der in der Sitzung beschlossenen Änderungen (vgl. TOP 8.2.) zugestimmt.
- 2. Der Landrat wird beauftragt, die Stellungnahme dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (51 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, des Vertreters FW sowie

des Landrates, 15 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, Linksfraktion und GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Gruppe PIRATEN)

Punkt 9 069/18 Nahverkehrsplanfortschreibung;

Außerordentliche Beschlussfassung für dringliche Sonderprojekte der Angebotsplanung

Beschluss

- 1. Der Landrat wird beauftragt, alle in der Drucksache 069/18 dargestellten Planungsansätze weiter zu verfolgen (incl. Gespräche mit den Kommunen und den Verkehrsunternehmen).
- 2. In 2018 werden bis zu 30.000 Euro für die Finanzierung der Maßnahmen
 - a. Testbetrieb EcoPort Holzwickede
 - b. Testbetrieb Ökostation Bergkamen
 - c. Testbetrieb Haus Opherdicke Holzwickede
 - d. Planungskosten Fröndenberg Opherdicke Holzwickede bereitgestellt. Für 2019 sind die dargestellten Ansätze in den Haushalt 2019 einzuplanen.
- 3. Die Entscheidung über die Maßnahmen
 - a. "Lippewerk" Lünen
 - b. Fröndenberg Opherdicke Holzwickede
 - c. Haus Villigst Schwerte

erfolgt im Rahmen der Beschlussfassung über den NVP im Frühjahr 2019.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 10 063/18 Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit den Städten Hamm und Hagen für gebietsübergreifende Linien

<u>Beschluss</u>

- Der Landrat wird beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung (s. Anlage A zur Drucksache 063/18) mit der Stadt Hamm über die Erbringung von Verkehrsleistungen der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) auf dem Gebiet der Stadt Hamm, abzuschließen.
- 2. Der Landrat wird beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung (s. Anlage B zur Drucksache 063/18) mit der Stadt Hagen über die Erbringung von Verkehrsleistungen der Busverkehr Rheinland GmbH (BVR) auf dem Gebiet des Kreises Unna, abzuschließen.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 11 136/17/3 Überörtliche Prüfung des Kreises Unna im Jahr 2016 durch die GPA NRW

<u>Erörterung</u>

Herr Sell, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschuss, unterrichtet den Kreistag über die wesentlichen Inhalte des Prüfungsberichts sowie über das Ergebnis der abschließenden Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses am 26.06.2018. Hinsichtlich näherer Einzelheiten zu den Beratungsergebnissen in den Fachausschüssen verweist er auf die Drucksache 136/17/2.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12 085/18/1 Abnahme des Jahresabschlusses 2017 und Entlastung des Landrates

Erörterung

Herr Sell, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, bedankt sich einleitend bei der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten für die frühzeitige Erstellung des Jahresabschlusses 2017.

Er erklärt, der Rechnungsprüfungsausschuss habe sich in seiner Sitzung am 26.06.2018 dem festgestellten Ergebnis der örtlichen Rechnungsprüfung über den Jahresabschluss 2017 und dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk angeschlossen und den Prüf- und Lagebericht in unveränderter Form als eigenen Bericht übernommen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle dem Kreistag einstimmig, dem Landrat Entlastung zu erteilen. Dieser Empfehlung habe sich der Kreisausschuss in seiner gestrigen Sitzung ebenfalls einstimmig angeschlossen.

Beschluss

Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2017 mit einer Bilanzsumme von 412.551.572,60 Euro und einem Jahresüberschuss von 3.798.255,24 Euro wird festgestellt.

Dem Landrat wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Mitwirkung des Landrates)

Punkt 13 082/18 Verwendung des Jahresergebnisses 2017

Beschluss

Der Überschuss des Haushaltsjahres 2017 in Höhe von 3.798.255,24 Euro wird wie folgt verwendet:

Ein Betrag in Höhe von 1.121.621,95 Euro wird der Ausgleichsrücklage, der Restbetrag in Höhe von 2.676.633,29 Euro der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 14 086/18 Budgetbericht zum Stichtag 31.05.2018

Erörterung

Der Kämmerer, Herr Dr. Timpe, geht kurz auf den schriftlich vorliegenden Budgetbericht ein und erläutert die wichtigsten Positionen. Erfreuliche Perspektive sei, dass der Haushalt nach der derzeitigen Prognose voraussichtlich 5,5, Mio. Euro besser abschließen werde als geplant. Die drei wesentlichen Gründe für die Verbesserung seien geringere Personalaufwendungen in Höhe von 500.000 Euro, positive Effekte im Budget Soziales in Höhe von insgesamt 1,9 Mio. Euro und Mehreinnahmen an Bußgeldern in Höhe von 2,9 Mio. Euro. Diese Positionen seien in der Drucksache erläutert.

Das nach derzeitigem Stand zu erwartende positive Jahresergebnis 2017 eröffne möglicherweise Spielräume für die Senkung der Kreisumlage im Haushalt 2019.

Der Budgetbericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 15 026/18 Verschmelzung der VKU-Verkehrsdienst GmbH auf die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Beschluss

- Dem als Anlage 1 zur Drucksache 026/18 beigefügten Entwurf des Verschmelzungsvertrages zwischen der Verkehrs-gesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) als aufnehmender und der VKU-Verkehrsdienst GmbH (VKU-VD) als übertragender Gesellschaft wird zugestimmt.
- 2. Auf die Klage gegen die Wirksamkeit dieses Verschmelzungsbeschlusses wird ausdrücklich verzichtet. Darüber hinaus wird auf die Einhaltung der Vorschriften der §§ 47, 49 des Umwandlungsgesetzes (UmwG) verzichtet, also auf die Erfüllung der Pflicht zur vorherigen Unterrichtung und zur Auslegung der Jahresabschlüsse und Lageberichte der VKU und der VKU-VD für die letzten drei Geschäftsjahre in den Geschäftsräumen der Gesellschaft. Es wird erklärt: Keiner der Gesellschafter hat die Verschmelzungsprüfung gemäß § 48 UmwG verlangt. Rein vorsorglich wird auf die Erstattung eines Verschmelzungsberichtes und eines Verschmelzungsprüfungsberichtes verzichtet.
- 3. Die Vertreter des Kreises Unna in den Gremien der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU) und der VKU werden beauftragt, alle erforderlichen Erklärungen zur Verwirklichung der in Ziff. 1 und 2 genannten Maßnahmen abzugeben und hierzu erforderlichen Beschlüssen zuzustimmen.
- 4. Der Landrat wird beauftragt, das kommunalaufsichtliche Anzeigeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 16 052/18 Beitritt der Stadt Kamen zum gemeinsamen Kommunalunternehmen "GWA Kommunal Anstalt des öffentlichen Rechts"

Beschluss

- 1. Dem Beitritt der Stadt Kamen zum gemeinsamen Kommunalunternehmen "GWA Kommunal Anstalt des öffentlichen Rechts" wird zugestimmt.
- 2. Die als Anlage zur Drucksache 052/18 abgedruckte Satzung wird beschlossen.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 17 046/18 Entsendung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG)

Beschluss

- Der Kreistag bestellt gem. § 108 a Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) aus der der Drucksache 046/18 anliegenden, von den Beschäftigten der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) gewählten Vorschlagsliste die Arbeitnehmervertreterinnen und vertreter gem. Ziffer 4 Nrn. 1 – 6 in den Aufsichtsrat der WVG.
- 2. Für den Fall des Ausscheidens einer bestellten Arbeitnehmervertreterin bzw. eines bestellten Arbeitnehmervertreters aus dem Aufsichtsrat der WVG bestellt der Kreistag bereits jetzt gem. § 108 a Abs. 8 GO NRW aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der gewählten Vorschlagsliste als Nachfolger die Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertreter gem. Ziffer 4 Nrn. 7 12 in der

- Reihenfolge der am meisten erhaltenen Stimmen für das jeweilige Unternehmen, dem das ausgeschiedene Mitglied angehört hat.
- 3. Der Geschäftsführer der WVG wird beauftragt, die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter über ihre Wahl zu informieren.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 18 096/18/1

Für Organspendebereitschaft werben - Organspendeausweise in den Kfz-Zulassungsstellen ausgeben; Antrag der FDP-Fraktion vom 01.07.2018

Erörterung

Herr Landrat Makiolla trägt seine rechtlichen Bedenken auch hinsichtlich des inzwischen veränderten Beschlussvorschlags des Antrags vor. Er könne nicht dafür Sorge tragen, dass Organspendeausweise durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgegeben werden, wenn diese beispielsweise aus religiösen Gründen Organspenden ablehnten.

Herr Klostermann schlägt vor, die Worte "bzw. ausgegeben" im Beschlussvorschlag zu streichen.

Herr Landrat Makiolla stellt den veränderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Möglichkeiten zu schaffen, dass im Bereich der Kfz-Zulassungsstelle künftig Organspendeausweise mit Infomaterial ausgelegt werden.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 19 076/18/1

Errichtung eines Bildungsganges der Fachschule mit mindestens 2.400 Unterrichtsstunden – Fachbereich Technik, Fachrichtung Mechatronik gem. § 2 Ziffer 3 und § 37 der Anlage E i. V. m. Anlage E 3 zur APO-BK

Beschluss

Zum Schuljahr 2018 / 2019 wird an dem Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg des Kreises Unna in Werne der Bildungsgang der Fachschule mit mindestens 2.400 Unterrichtsstunden

- Fachbereich Technik, Fachrichtung Mechatronik, 2 Klassen gemäß § 2 Ziffer 3 und § 37 der Anlage E in Verbindung mit der Anlage E 3 zur APO-BK errichtet. Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Die zum Schuljahr 2017/2018 an dem Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg des Kreises Unna in Werne errichteten zweijährigen Bildungsgänge der Fachschule mit mindestens 2.400 Unterrichtsstunden im Fachbereich Technik, Fachrichtungen Elektrotechnik und Maschinenbautechnik, werden auslaufend gestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 20 035/18/2

Verbindliche Weitergabe der Mittel für Integrationsmaßnahmen; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.03.2018 und Ergänzung vom 09.05.2018

Erörterung

Herr Jasperneite meldet sich zur Geschäftsordnung und erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Resolution werte. Seine Fraktion beteilige sich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht an Resolutionen und nehme an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Um 16.40 Uhr verlässt die CDU-Fraktion den Sitzungsraum.

Herr Goldmann kritisiert das Verhalten der CDU-Fraktion. Er begründet sodann den Antrag, den man inzwischen noch einmal ergänzt habe, und mit dem man die zeitnahe Umsetzung der Zusage der Landesregierung erreichen wolle, die Bundesmittel für kommunale Integrationsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 434 Mio. Euro an die Kommunen und Kreise auszuzahlen. Bislang seien die Kreise nicht berücksichtigt, obwohl der Kreis, wie schon mehrfach von Herrn Landrat Makiolla dargestellt, in diesem Bereich eigene, hervorragende Leistungen erbringe. Im Falle einer positiven Beschlussfassung bitte er den Landrat, die Landesregierung von der Entscheidung des Kreistages schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Herr Will kritisiert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum wiederholten Mal Angelegenheiten der Landespolitik als Resolution deklariert in den Kreistag einbringe. Seines Wissens sei seitens der Landesregierung nicht die Weiterleitung der gesamten Mittel zugesagt worden, denn auch das Land habe Integrationsaufwendungen. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung erfolge aber nun erstmals überhaupt eine Weitergabe von Mitteln an die Kommunen, und überdies nach einem fairen Verteilerschlüssel. Die FDP-Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Frau Chur erklärt, die Integrationsmittel kämen nicht auskömmlich bei den Kommunen und Kreisen an. Von daher werde die SPD-Fraktion dem Antrag in der nun vorliegenden Form zustimmen.

Beschluss

- 1. Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die mit dem Landeshaushalt 2018 beschlossenen zusätzlichen "Mittel für kommunale Integrationsmaßnahmen in den Kommunen" in Höhe von 100 Millionen Euro schnellstmöglich an die Kommunen weitergeleitet werden.
- 2. Die von der neuen Bundesregierung angekündigte Sicherstellung der weiteren Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von Land und Kommunen bei den Flüchtlingskosten wird begrüßt, und aus diesem Grunde wird die Landesregierung aufgefordert, für eine angemessene und verlässliche Beteiligung der Kommunen zu sorgen.
- 3. Der Landrat wird beauftragt, sich für die Bereitstellung des von der Landesregierung ursprünglich zugesagten Gesamtbetrages in Höhe von 434 Millionen Euro für die NRW-Kommunen einzusetzen. Die Kreise sollen aufgrund ihrer eigenen erbrachten Leistungen an den bereitgestellten Mitteln anteilmäßig beteiligt werden.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

mehrheitlich beschlossen

(44 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-LÜNEN/UWG-Selm, der Gruppe PIRATEN sowie des Landrates, 3 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion, ohne Beteiligung der CDU-Fraktion)

Die CDU-Fraktion nimmt ab 16.47 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Punkt 21 Ärztemangel im Kreis Unna begegnen

Erörterung

Frau Lindstedt begründet den Antrag der Fraktionen SPD und CDU. Man habe sich an Modellen des Märkischen Kreises sowie des Hochsauerlandkreises orientiert, die ebenfalls Stipendien eingerichtet hätten. Ein Betrag von 500 Euro im Monat belaste den Kreishaushalt nicht übermäßig, sei aber eine gute Unterstützung für die Studierenden.

Herr Klostermann begründet den Antrag der FDP-Fraktion und weist darauf hin, dass auch seine Fraktion das grundsätzliche Problem des Ärztemangels aufgreifen wolle. Die Wirkung des Antrages von SPD und CDU werde sich erst in einigen Jahren entfalten, daher wolle man den Landrat beauftragen zu prüfen, inwieweit die Unterstützung bei der Übernahme einer Praxis im Kreis Unna durch bereits ausgebildete Mediziner möglich sei. Entsprechende Maßnahmen könnten wesentlich schneller greifen.

Herr Sell erklärt, die Linksfraktion werde beide Anträge ablehnen. Die von Frau Lindstedt vorgetragene Begründung, man habe sich an benachbarten Kreisen orientiert, halte er für nicht ausreichend. In beiden genannten Kreisen laufe das Programm noch nicht lange genug, um den Erfolg bewerten zu können. Nach den im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz vorgestellten Zahlen zeichne sich ein Ärztemangel im Kreis in den nächsten zehn Jahren nicht ab, so dass seine Fraktion keine Notwendigkeit sehe, hier finanzielle Mittel bereitzustellen. Dringender sei der Fachkräftemangel bei Pflegekräften, Erzieher/innen und Sonderpädagogen.

Frau Cziehso schlägt vor, den Antrag der FDP-Fraktion zunächst im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz zu diskutieren.

Herr Ross weist darauf hin, dass die Einrichtung der Stipendien dem Ansatz der wirkungsorientierten Steuerung widerspreche. Im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz sei deutlich geworden, dass es sich bei den Stipendien um ein Angebot handele, das nicht steuerbar sei. In den genannten Nachbarkreisen habe sich der Erfolg nicht eingestellt, da sich die Mediziner zum Teil nach Abschluss des Studiums von der Verpflichtung, in die Landkreise zu kommen, freikauften und an den Krankenhäusern blieben. Das sei nicht beeinflussbar, daher lehne die Gruppe PIRATEN den Antrag ab. Der FDP-Antrag sei eher erfolgversprechend.

Frau Schmidt schließt sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Ausführungen von Herrn Ross an. Eine Befragung von Medizinstudenten durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung habe ergeben, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wesentlicher Punkt für die Entscheidung über den Ort der Niederlassung sei. Hier sei der Kreis bereits gut aufgestellt und könne weiter an den entsprechenden Rahmenbedingungen arbeiten. Eine finanzielle Unterstützung der Studierenden halte ihre Fraktion für nicht erforderlich. Es gebe andere vielversprechende Ansätze, wie zum Beispiel "Arztlotsen", die beispielsweise der Kreis Soest über die dortige Wirtschaftsförderung anbiete, um die Niederlassung junger Mediziner im Kreisgebiet zu fördern. Eine weitere Ideen sei eine Kontaktbörse zwischen ausscheiden Ärzten und jungen Medizinern.

Ihre Fraktion sei gegen den einseitigen Ansatz im Antrag der Fraktionen SPD und CDU. Sie rege an, den Beschlussvorschlag dahingehend zu verändern, dass der Landrat eine Konzeption vorlegen möge, mit der der drohenden Unterversorgung im allgemeinmedizinischen und im Facharztbereich entgegengewirkt werden könne. Alternativ könnte der Kreistag auch eine Kommission einrichten, die sich mit diesem Thema befasse.

Herr Kampmann weist darauf hin, dass viele Ärzte inzwischen aufgrund der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Angestelltenverhältnis einer eigenen Praxis vorzögen. Inhaltlich stimme er Herrn Ross dahingehend zu, dass die Stipendien kein Weg seien, um wirkungsorientiert zu steuern. Anders sei der Antrag der FDP zu werten, dem seine Fraktion zustimmen könne.

Herr Klostermann erklärt sich mit der Verweisung des Antrages der FDP-Fraktion an den Fachausschuss einverstanden. Der FDP-Antrag wird daraufhin einvernehmlich an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz verwiesen.

Frau Schmidt erklärt auf Nachfrage von Herrn Landrat Makiolla, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde ihren Antrag im Zuge der Diskussion im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz noch einmal neu formulieren.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass der Kreis keine Zuständigkeit hinsichtlich der Ärzteversorgung habe. Diese liege bei den Selbstverwaltungsorganen der Ärzteschaft, die ihrer Verpflichtung insoweit nicht nachkämen. Er bittet, dies bei der Diskussion im Fachausschuss zu berücksichtigen.

Punkt 21.1 218/17/2 Medizinstipendium Kreis Unna;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Erörterung siehe Punkt 21

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, eine Konzeption für die Vergabe von Medizinstipendien vorzulegen. Ziel ist es, mit Hilfe von Stipendien der drohenden Mangelversorgung im allgemeinmedizinischen und Facharztbereich entgegenzuwirken. Eine Maßnahme, um Ärzte für eine Arbeit im Kreis Unna zu gewinnen, kann die Vergabe von Stipendien an Medizinstudenten sein. Im Gegenzug ist damit die Verpflichtung zu verbinden, nach Abschluss des Studiums für eine bestimmte Dauer als Arzt im Kreisgebiet tätig zu sein.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

mehrheitlich beschlossen (45 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD und CDU, 18 Nein-Stimmen der Frakti-

onen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm,

FDP sowie der Gruppe PIRATEN, 1 Enthaltung (Landrat))

Punkt 21.2 100/18 Finanzierungshilfen bei Praxisübernahmen; Antrag der FDP-Fraktion vom 14.06.2018

Erörterung siehe Punkt 21

Punkt 22 060/18

Änderung von zwei Satzungen über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene/Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe sowie für den EG-Schlachthof Unna/Fa. FVV Jedowski; Aufhebung der Satzung für den EG-Schlachthof Lünen/Fa. Milk & Beermann

Beschluss

Die 1. Änderungssatzung zu den Satzungen des Kreises Unna vom 23.03.2010 über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene / Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, für den EG-Schlachthof Unna / FVV Jedowski sowie den EG-Schlachthof Lünen / Fa. Milk & Beermann wird beschlossen.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 23 094/18

Juristische und betriebswirtschaftliche Expertise zur Vorbereitung eines Konzessionsvergabeverfahrens "Gastronomie Pferdestall Haus Opherdicke"

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, eine juristische und betriebswirtschaftliche Expertise zur Vorbereitung eines Konzessionsvergabeverfahrens "Gastronomie Pferdestall Haus Opherdicke" zu beauftragen und entsprechende Mittel im Jahr 2018 bereit zu stellen.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 24 081/18 Nachhaltigkeitsstrategie für den Kreis Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla zitiert aus einem Brief des Staatssekretärs im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, Herrn Dr. Bottermann, an Herrn Dr. Timpe, in dem dieser sich ausdrücklich lobend über die Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Unna äußere. Wörtlich schreibe Herr Dr. Bottermann unter anderem: "Wir brauchen engagierte Kreise, Städte und Gemeinden in NRW, die voranschreiten und den Begriff Nachhaltigkeit konkret mit Leben füllen, um die vielfältigen vor uns liegenden Nachhaltigkeitsherausforderungen erfolgreich anzugehen. (...) Für das persönliche Engagement von Ihnen, aber auch von vielen anderen Akteuren in Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft danke ich sehr! (...) Das Engagement und die Expertise des Kreises Unna sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Nachhaltigkeitsbestrebungen auf Landesebene, deren große Bedeutung sowohl Ministerpräsident Laschet als auch unsere neue Ministerin Frau Heinen-Esser jüngst unterstrichen haben. (...) Ich wünsche Ihnen und den anderen Akteuren im Kreis viel Erfolg bei den anstehenden Umsetzungsschritten!"

Zudem weist Herr Landrat Makiolla darauf hin, dass der Nachhaltigkeitsbericht in Papierform im Sitzungsraum zur Mitnahme ausliege.

Der Nachhaltigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 25 079/18 Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, das Abfallwirtschaftskonzept fortzuschreiben und dieses nach Beendigung des Anhörungsverfahrens der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Dezember 2018 dem Kreistag zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 26 074/18 Verlängerung der Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt,

- den Entsorgungsvertrag zwischen dem Kreis Unna und der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbh (AKU) bezüglich der Altpapierentsorgung durch den Abschluss eines entsprechenden Änderungsvertrages bis zum 31.12.2038 zu verlängern.
- den Entsorgungsvertrag zwischen dem Kreis Unna und der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbh (AKU) bezüglich der Hausmüllentsorgung durch den Abschluss eines entsprechenden Änderungsvertrages bis zum 31.12.2038 zu verlängern.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 27 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 27.1 Sondersitzung des Kreistages als Auftakt zum Jahr der Demokratie

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass die Veranstaltungsreihe anlässlich des kommenden "Jahres der Demokratie" am 17.01.2019 mit einer Sondersitzung des Kreistages beginnen werde. Darauf habe man sich im Ältestenrat verständigt. Als Ehrengast habe man die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano eingeladen.

Punkt 27.2 Wechsel des Fraktionsvorsitzes der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass Herr Kampmann zum 01.07.2018 den Vorsitz der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm von Herrn Rosenkranz übernommen habe. Herr Rosenkranz übernehme den stellvertretenden Fraktionsvorsitz.

Punkt 27.3 Ruhestand von Herrn Dezernent Dr. Timpe

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass Herr Dr. Detlef Timpe zum 30.09.2018 in den Ruhestand gehe und heute zum letzten Mal als Dezernent an einer Kreistagssitzung teilnehme. Die offizielle Verabschiedung werde im Rahmen einer gesonderten Veranstaltung stattfinden. Er bedanke sich im Namen aller

Kreistagsmitglieder für die Arbeit von Herrn Dr. Timpe und unterstreicht, dass dieser im Kreis bleibende Spuren hinterlassen habe.

Herr Dr. Timpe bedankt sich bei den Kreistagsmitgliedern. Rückblickend sei er stolz und zufrieden, denn Politik und Verwaltung hätten bei den entscheidenden Themen stets gut zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger zusammengearbeitet.

Punkt 27.4 101/18

"Europa ist nicht egal - Vorteile der Europäischen Union transparent

machen";

Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.06.2018

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass die Daten zur Beantwortung der Anfrage beim Kreis nicht bekannt seien. Entsprechende Zahlen für den Kreis Unna könnten in einer Broschüre des RVR mit dem Titel "Zwischenbilanz 2017 – EU-Förderung für die Metropole Ruhr 2014-2020" nachgelesen werden. Diese liege im Sitzungsraum zur Mitnahme aus und sei digital unter dem folgenden Link abrufbar:

https://europa.rvr.ruhr/fileadmin/user_upload/metropoleruhr.de/Europa/Publikationen_RVR/Zwischenbilanz_2017_EU-Foerderung_MetropoleRuhr_web_Mai2018.pdf

Anfang 2019 werde der RVR eine weitere Broschüre auflegen, in der dargestellt werde, wie die Metropole Ruhr über die reinen Förderprogramme hinaus von europäischen Institutionen profitiere. Er werde auch diese den Kreistagsmitgliedern zur Verfügung stellen, wenn sie vorliege.

Punkt 27.5 Frage zur Geschäftsordnung

Auf Nachfrage von Frau Küpper stellt Herr Landrat Makiolla klar, dass die Wortmeldung von Herrn Jasperneite zu Tagesordnungspunkt 8 kein Antrag zur Geschäftsordnung gewesen sei, sondern eine Erklärung zur Geschäftsordnung. Auch Meldungen zur Geschäftsordnung würden üblicherweise vorrangig behandelt.

gez. Silke Schmücker Schriftführerin gez. Michael Makiolla Vorsitzender